

NEWSLETTER

Rundfunkratssitzung am Mittwoch, den 25. August 2021

INHALT

1. Andreas Meyer-Lauber begrüßt die Stärkung der Öffentlich-Rechtlichen
2. Kritische Diskussion über Programme von ARD und WDR
3. Vom Gremium entsandte Mitglieder: Aktuelles und Amtsdauer
4. Senderberichte über Kooperationen, Programm, Personal und Aufträge
5. Programmbeschwerde abgelehnt
6. Vier Produktionsverträge genehmigt
7. Ausblick

1. Andreas Meyer-Lauber begrüßt die Stärkung der Öffentlich-Rechtlichen

Der Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats, Andreas Meyer-Lauber, begrüßte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Rundfunkbeitrag auf 18,36 Euro zu erhöhen. „Das Urteil stärkt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und unterstreicht, dass der Rundfunkbeitrag kein Hebel der Politik sein darf, um auf das Programm einzuwirken.“ Die Politik müsse den gesetzlichen Auftrag definieren, sagte Meyer-Lauber. „Die demokratische Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Angebots ist aber Aufgabe der ehrenamtlichen Aufsichtsgremien.“ Bereits bei der [Genehmigung des WDR-Haushalts](#) für dieses Jahr sagte Meyer-Lauber, dass er eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 17,50 auf 18,36 Euro für unverzichtbar hält, damit die Sender ihren gesetzlichen Programmauftrag erfüllen können. Die Erhöhung hatte die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) empfohlen. Der WDR-Rundfunkrat setzte sich stets für eine bedarfsgerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein und forderte, dass die Rolle und kritische Kompetenz der KEF erhalten bleibt ([Stellungnahme zur Finanzierung](#)).

2. Kritische Diskussion über Programme von ARD und WDR

Anlässlich kritischer Medienberichte diskutierte der Rundfunkrat mögliche Umbaupläne für das lineare

Programm der ARD. Der ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Tom Buhrow erläuterte, weder zu einer zeitlichen Verlegung des ‚Weltspiegel‘ noch zu einer Veränderung bei Politmagazinen sei bisher etwas entschieden. Programmreformen würden derzeit intern beraten. Ziel sei, das Informationsangebot und die Mediathek zu stärken und den Programmauftrag noch besser zu erfüllen. Mitglieder des Rundfunkrats mahnten mehr Information und investigative Berichterstattung der ARD an, auch in Radio und Fernsehen, um die Relevanz des öffentlich-rechtlichen Angebots zu sichern. Der ARD-Programmbeirat, die Gremienvorsitzendenkonferenz der ARD und der Programmausschuss des WDR-Rundfunkrats begleiten die Vorhaben zwar kritisch, konkret entscheiden dürfen die Aufsichtsgremien allerdings nichts, sobald es um Sendepläne oder sonstigen Umbau des ARD-Gemeinschaftsangebots geht.

Der Rundfunkratsvorsitzende verwies auf Leitlinien für das ARD-Programm, welche die neue Direktorin Christine Strobl nun vorlege. Den WDR-Rundfunkrat werden sie voraussichtlich im September beschäftigen. Dann erwartet das Gremium auch einen Bericht über mögliche Nachfolgeformate für die ARD-Nachmittagsserien ‚Rote Rosen‘ und ‚Sturm der Liebe‘. Deren wohl letzte Staffeln wurden im Februar genehmigt (siehe [Newsletter](#)).

Der WDR-Rundfunkrat ließ sich ausführlich über Warnungen und die Berichterstattung des WDR

zur Flutkatastrophe informieren. Zu erkannten Defiziten hatte sich der Sender früh [erklärt](#) und eine [Task Force](#) gegründet, die ein digitales Angebot für Unwetterlagen entwickeln soll. Über Erkenntnisse im WDR aus der Krisenberichterstattung hat sich auch der Programmausschuss des Rundfunkrats mit Senderverantwortlichen intensiv ausgetauscht.

3. Vom Gremium entsandte Mitglieder: Aktuelles und Amtsdauer

Über ihr Engagement und aktuelle Beratungen in anderen Aufsichtsgremien berichteten zwei vom WDR-Rundfunkrat entsandte Mitglieder: Volker W. Degener, der den WDR-Rundfunkrat im [ARD-Programmbeirat](#) vertritt, sowie Robert Punge, der für den WDR-Rundfunkrat im Programmausschuss des [Rundfunkrats der Deutschen Welle](#) sitzt.

Ein weiteres Entsendungsmandat – nämlich im [Programmbeirat von ARTE Deutschland](#) – muss der WDR-Rundfunkrat turnusgemäß im September neu besetzen, d.h. kurz vor Ende seiner Amtszeit am 1. Dezember 2021. Aus diesem Anlass bekräftigte der WDR-Rundfunkrat, dass anschließend der neue, dann 13. WDR-Rundfunkrat alle Entsendungsmandate neu vergeben kann.

4. Senderberichte über Kooperationen, Programm, Personal und Aufträge

Nach Vorberatungen durch seine Fachausschüsse nahm der Rundfunkrat mehrere Berichte des WDR zur Kenntnis. Der Sender veröffentlicht Informationen zu den behandelten Themen auf seiner Internetseite [wdr.de](#).

■ Mit dem diesjährigen Kooperationsbericht des WDR hat sich der Programmausschuss unter Leitung von Petra Kammerevert MdEP befasst. Grundlage sind die vom Rundfunkrat 2016 erlassenen [Richtlinien für Kooperationen des WDR](#) mit Bedingungen zur vertraglichen Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Dritten.

■ Der Programmausschuss prüft auch die Senderdarstellung zur [Erfüllung seines Programmauftrags](#). Mitglieder erwarten im nächsten, dann wieder öffentlichen Bericht konzeptionelle Aussagen zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Programms und einen strategischen Ausblick.

■ Einen Personalbericht hat der zuständige Haushalts- und Finanzausschuss unter Heinrich Kemper für den Rundfunkrat vorberaten. Die [Gleichstellungsbeauftragte des WDR](#), seit März 2020 Britta Frielingsdorf, informierte über Fragen der Geschlechterparität im Sender.

■ Ein weiterer Personalbericht lag dem Ausschuss für Rundfunkentwicklung und Digitalisierung unter Horst Schröder vor: der Bildungsbericht des WDR ([Karriere im WDR](#)). Der Ausschuss begrüßte außerdem den aktuellen [Produzentenbericht des WDR](#) als transparente Darstellung der wirtschaftlichen Bedeutung des Senders. Mit einem Auftragsvolumen von rund 95 Mio. Euro pro Jahr sieht er sich als einer der wichtigsten Partner der deutschen Film- und Fernsehwirtschaft.

5. Programmbeschwerde abgelehnt

Der WDR-Rundfunkrat sah keine Verstöße gegen Programmgrundsätze in einem Beitrag und der Anmoderation von WDR 5 ‚Westblick‘ ‚Freichristliche Bekenntnisschulen in der Kritik‘ vom 7. Dezember 2020. Auf Empfehlung seines Programmausschusses hat er eine entsprechende Programmbeschwerde einstimmig abgelehnt.

6. Vier Produktionsverträge genehmigt

Der WDR-Rundfunkrat hat Verträgen über Staffeln folgender Produktionen zugestimmt:

- ‚Wer weiß denn sowas?‘
- ‚In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte‘
- ‚Unsere wunderbaren Jahre‘
- ‚Im Zeichen des Wassermanns‘

Wie gesetzlich vorgesehen hatte der Verwaltungsrat die Verträge zuvor geprüft und daraufhin dem Rundfunkrat empfohlen, den Produktionsvorhaben zuzustimmen.

7. Ausblick

Der WDR-Rundfunkrat tagt öffentlich, als nächstes am 28. September 2021 im Gürzenich Köln.

Auf [wdr-rundfunkrat.de](#) finden sich Tagesordnungen, Protokolle und Informationen über das Gremium, seine Mitglieder und Arbeitsergebnisse.

An- und Abmeldungen zu diesem Newsletter bitte an rundfunkrat@wdr.de.